

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Lenk, Thomas; Lück, Oliver

Working Paper

Auswirkungen der Eurokrise auf Sachsen und allgemeine Implikationen der Krise

Arbeitspapier // Universität Leipzig, Institut für Öffentliche Finanzen und Public
Management, Finanzwissenschaft, No. 43

Provided in cooperation with:

Universität Leipzig

Suggested citation: Lenk, Thomas; Lück, Oliver (2011) : Auswirkungen der Eurokrise auf
Sachsen und allgemeine Implikationen der Krise, Arbeitspapier // Universität Leipzig, Institut
für Öffentliche Finanzen und Public Management, Finanzwissenschaft, No. 43, [http://
hdl.handle.net/10419/54742](http://hdl.handle.net/10419/54742)

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche,
räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts
beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen
der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu
vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die
erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use
the selected work free of charge, territorially unrestricted and
within the time limit of the term of the property rights according
to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
*By the first use of the selected work the user agrees and
declares to comply with these terms of use.*

Universität Leipzig
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management, Finanzwissenschaft
Prof. Dr. Thomas Lenk

November 2011

Arbeitspapier Nr. 43

**Auswirkungen der Eurokrise auf Sachsen
und allgemeine Implikationen der Krise**

Thomas Lenk / Oliver Lück

Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management
- Finanzwissenschaft -
Städtisches Kaufhaus
Universitätsstrasse 16
D-04109 Leipzig, Germany
Tel: +49 -341 / 97 33 580
Fax: +49 -341 / 97 33 589
E-Mail: fiwi@wifa.uni-leipzig.de

ISSN 1437-5761

Alle Rechte vorbehalten

© Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Auswirkungen der Krise auf die Finanzsituation Sachsens.....	7
3. Allgemeine Implikationen der Krise	14
4. Schlussbetrachtung.....	21

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der Inflationsrate (HVPI) in der Euro17-Zone	4
Abbildung 2: Wechselkurs USD/Euro	5
Abbildung 3: Veränderungsrate BIP (nom.) nach Bundesländern	8
Abbildung 4: BIP (nom.) pro Kopf, nach Bundesländern	8
Abbildung 5: Schuldenstand pro Kopf, nach Bundesländern.....	9
Abbildung 6: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2060	10
Abbildung 7: Arbeitslosenquote der zivilen Erwerbspersonen, nach Bundesländern	11
Abbildung 8: Aufbau der sächsischen Wirtschaft 2010	12

Auswirkungen der Eurokrise auf Sachsen und allgemeine Implikationen der Krise¹

Thomas Lenk², Oliver Lück³

1. Einleitung

Die in den Medien geführten Debatten über die sogenannte Eurokrise umfassen umfangreiche Themenkomplexe, die über den öffentlichen Schuldenstand und die Sparmaßnahmen Griechenlands, den ab 2013 in Kraft tretenden Europäischen Rettungsmechanismus (ESM), die mögliche Pleite weiterer Euro-Staaten, die richtige Ausgestaltung einer Währungsunion bis zu den fast omnipräsenten internationalen Finanzmärkten und ihren mitunter undurchschaubaren Verhaltensweisen reichen.

In dieser Fülle von Schlagworten und Fragestellungen ist es mitunter weder für die wissenschaftliche Zunft noch für den interessierten Bürger einfach, allen Diskussionen zu folgen. Besonders die Bewertung und Einschätzung der verschiedenen Lösungsvorschläge mit ihren vielschichtigen Auswirkungen auf die Währungsgemeinschaft, die nationalen Staaten bis hin zum einzelnen Bürger, gestaltet sich als schwierig. Das vorliegende Problem einer drohenden Staatspleite innerhalb einer Währungsunion, die keine einheitliche Fiskal- und Wirtschaftspolitik betreibt, findet in der bisherigen Geschichte keinen Vorgänger, der als Orientierung dienen könnte.

Die öffentliche Debatte beschäftigt sich in Bezug auf die Eurokrise fast ausschließlich mit den Auswirkungen auf den Bund und den Bundeshaushalt. Es ist anzunehmen, dass die Krise jedoch auch Implikationen für die Wirtschaftsentwicklung der Gliedstaaten haben könnte. Daher fokussiert der Aufsatz auf die Folgen der Krise für die Länder im Allgemeinen und Sachsen im Speziellen. Um diese Fragestellung möglichst zielführend zu beantworten, soll zunächst geklärt werden, was unter der sogenannten Eurokrise zu verstehen ist. Denn unter Berücksichtigung verschiedener medialer Debattenbeiträge wird ersichtlich, dass der Begriff der Eurokrise mitunter in einem falschen Zusammenhang gebraucht wird. So wird in einem Beitrag des Kultur-

¹ Es handelt sich bei diesem Arbeitspapier um die Verschriftlichung eines Vortrages mit gleichnamigem Titel im Rahmen der Tagung „Steht und fällt Europa mit dem Euro“ in der Evangelischen Akademie Meissen im Oktober 2011, organisiert von der Bundeszentrale für politische Bildung.

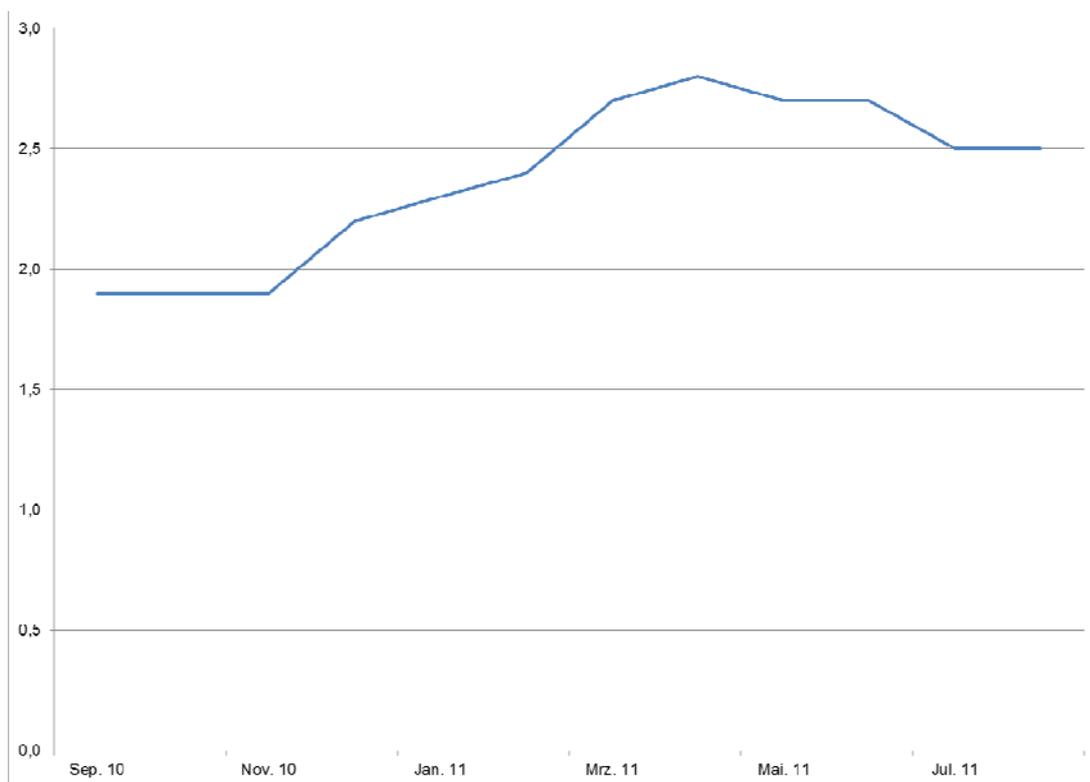
² Prof. Dr. Thomas Lenk ist Prorektor für Entwicklung und Transfer der Universität Leipzig und Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen und Public Management sowie des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge.

³ Oliver Lück ist Student der Volkswirtschaftslehre und studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Universität Leipzig.

staatsministers a. D. NIDA-RÜMELIN in einem Beitrag in der Onlineausgabe der Süddeutschen Zeitung von einer anhaltenden Krise des Euro oder einer Währungskrise gesprochen.⁴ Auch auf den Internetseiten der ZEIT und des Tagesspiegels beziehen sich Artikel über die Eurokrise auf die Rubrik „Währungskrise“⁵ bzw. „Währungskrise in Euro-Zone“⁶, um nur einige Beispiele anzuführen.

Die Bezeichnung der Eurokrise als eine Krise der Eurowährung ist ökonomisch jedoch nicht vertretbar und auch nicht richtig. Der Euro befindet sich keineswegs in einer krisenhaften Situation. Ein Blick auf die ökonomischen Fundamentaldaten bestätigt diese Einschätzung. Die Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in der Euro17-Zone ist zwar leicht ansteigend, so ist die jährliche Veränderungsrate vom September 2010 bis zum August 2011 von 1,9% auf 2,5% angestiegen (Abbildung 1). Dennoch bewegt sich die Inflationsrate nur knapp über dem von der EZB angestrebten Inflationsziel von unter 2%.

Abbildung 1: Entwicklung der Inflationsrate (HVPI) in der Euro17-Zone



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von Eurostat (2011).⁷

⁴ Vgl. Nida-Rümelin (2011).

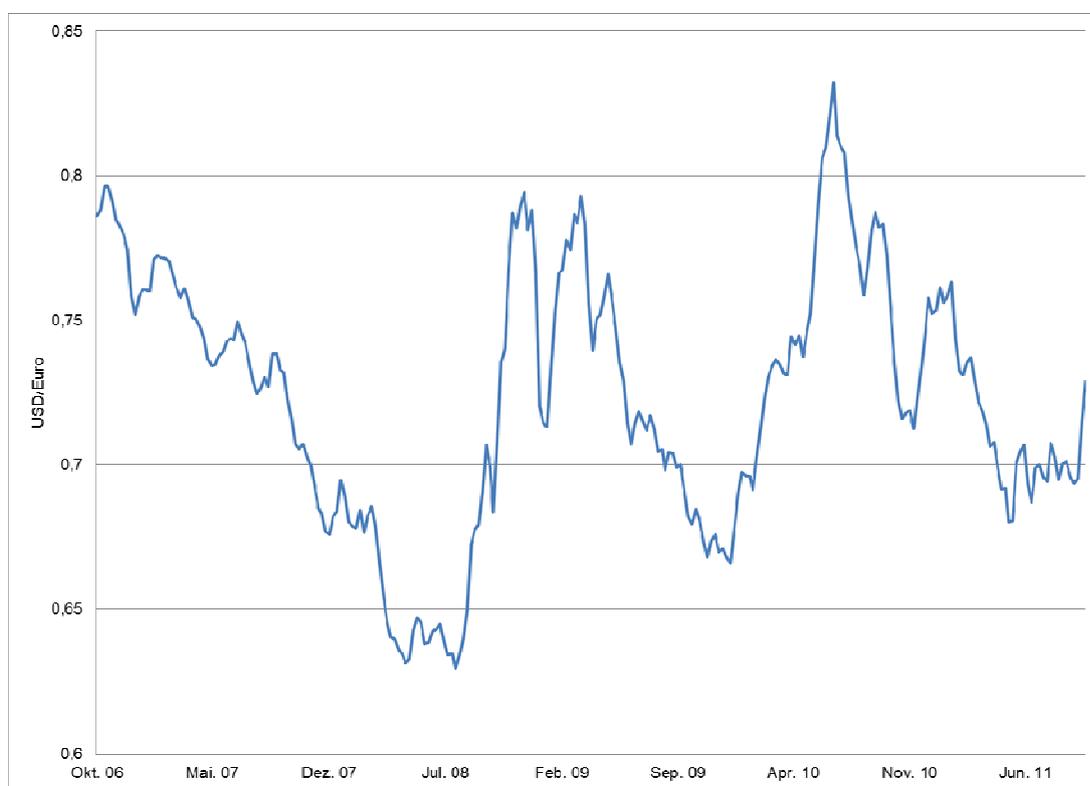
⁵ Vgl. ZEIT Online (2011a).

⁶ Siehe dazu Der Tagesspiegel (2011).

⁷ Vgl. Eurostat (2011).

Auch der Wechselkurs des Euros gegenüber der führenden Leitwährung, dem US-Dollar, unterstützt nicht die Ansicht einer vorherrschenden Währungskrise (Abbildung 2). Nach einer Schwächeperiode Mitte des vergangenen Jahres, in der der USD/Euro-Kurs bei knapp über 0,83 Euro lag, ist der Außenwert des Euros seitdem stetig angestiegen. Der Euro wertete bis Ende August 2011 auf 0,69 Euro auf. Die Entwicklung des Wechselkurses hat sich trotz der Staatsschuldenkrise in Griechenland durchaus positiv gestaltet.

Abbildung 2: Wechselkurs USD/Euro



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von OANDA (2011).⁸

Demzufolge lässt sich schlussfolgern, dass die Preisniveaustabilität innerhalb der Eurozone noch gewährleistet und der Außenwert des Euros gegenüber der Leitwährung US-Dollar stabil ist, sodass man aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht nicht von einer Währungskrise sprechen kann.

⁸ Vgl. Oanda (2011).

Der Startpunkt der jetzigen Krise war im Oktober 2009, als die griechische Regierung ihr Haushaltsdefizit immens nach oben korrigieren musste und die großen Ratingagenturen Fitch und Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit des Landes herabstufte. Nachdem bilaterale Garantiebekundungen der Euro-Länder die Finanzmärkte nicht beruhigen konnten, schnürten die Europäische Zentralbank, die EuroGruppe und die EU-Kommission Anfang Mai 2010 ein Finanzpaket zur Rettung Griechenlands in Höhe von 110 Mrd. Euro. Da Ansteckungseffekte auf andere EU-Staaten drohten, erfolgte wenige Tage später die Verabschiedung eines noch größeren Rettungsschirms – der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) - mit einem Gesamtvolumen von 750 Mrd. Euro durch den Internationalen Währungsfonds, die EU und die Euro-Länder. Innerhalb des folgenden Jahres mussten dann auch Irland (November 2010) und Portugal (April 2011) Hilfen aus dem Rettungsschirm beantragen.⁹

Hinter dem Begriff der Eurokrise sind also vielmehr die finanziellen Verwerfungen einiger Mitgliedsstaaten der Eurozone zu subsumieren, allen voran in Griechenland, Irland und Portugal, die durch die Wirtschaftskrise maßgeblich verschärft wurden und an Brisanz gewannen. Aus diesem Grund muss die europäische Staatsschuldenkrise oder Zahlungsbilanzkrise¹⁰, auch im Hinblick auf deren Auswirkung auf den Freistaat Sachsen im Zusammenhang mit den Entwicklungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gesehen werden, die im Jahr 2008 mit dem Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers ihren Anfang nahm¹¹.

Die Griechenlandkrise, als die im Augenblick schwerste der europäischen Staatsschuldenkrisen, wirft fundamentale strukturelle Fragen hinsichtlich der aktuellen Ausgestaltung der Eurozone, der weiteren Entwicklung des Stabilitäts- und Währungspakts sowie der kurzfristigen europäischen Konjunkturerwicklung auf.¹² Es droht eine Eintrübung der Wirtschaftsentwicklung in Europa, sogar die Gefahr einer erneuten Rezession ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Auch auf die deutsche Wirtschaft sind die Folgen bereits durchgeschlagen. So schraubten die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen für die Entwicklung des deutschen BIP im Jahr 2012 nach unten. Das RWI in Essen senkte seine Prognose

⁹ Vgl. Gerken/Van Roosebeke/Voßwinkel (2011), S. 4.

¹⁰ Vgl. Sinn (2011), S. 3-8.

¹¹ Zu einer kurzen Darstellung der Wirtschaftskrise siehe Lenk/Kuntze (2009).

¹² In Anlehnung an Ebert/Höppner (2010), S. 205.

für das Jahr 2012 von 2,3% auf nur noch 1%. Das größte Risiko für die deutsche Wirtschaft liegt dem RWI zufolge in einem Übergreifen der aktuellen Schuldenkrise auf andere europäische Länder.¹³

Die aktuelle Konjunkturprognose der OECD sieht das deutsche Wachstum ebenfalls als beendet. Der deutschen Wirtschaft droht zum Jahresende ein Einbruch. Die Analysten erwarten im vierten Quartal ein Rückgang im Vergleich zum Vorquartal um 0,3%. Damit nähme Deutschland im Schlussquartal die Schlussstellung unter den großen Industrienationen ein.¹⁴

2. Auswirkungen der Krise auf die Finanzsituation Sachsens

Der Freistaat Sachsen hat wie alle anderen deutschen Bundesländer die Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren bekommen. Die Analyse einiger ökonomischer Fundamentaldaten der vergangenen Jahre ermöglicht eine Einordnung Sachsens im Bundesländervergleich.

Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts¹⁵ in Sachsen betrug im Krisenjahr 2009 knapp 2%. Damit fiel die Rezession im Vergleich vor allem zu den anderen Bundesländern noch relativ glimpflich aus. In Baden-Württemberg schrumpfte die Wirtschaft um 5,7% und im Saarland gar um fast 7%. Im vergangenen Jahr konnte Sachsen wieder ein Plus von knapp 2,3% verzeichnen, lag damit aber nur vor Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit auf dem vorletzten Platz. Das größte Wachstum fand mit 6% in Baden-Württemberg statt. Auch das Saarland katapultierte sich regelrecht aus der Krise mit einer Zuwachsrate von 5,56% (Abbildung 3).

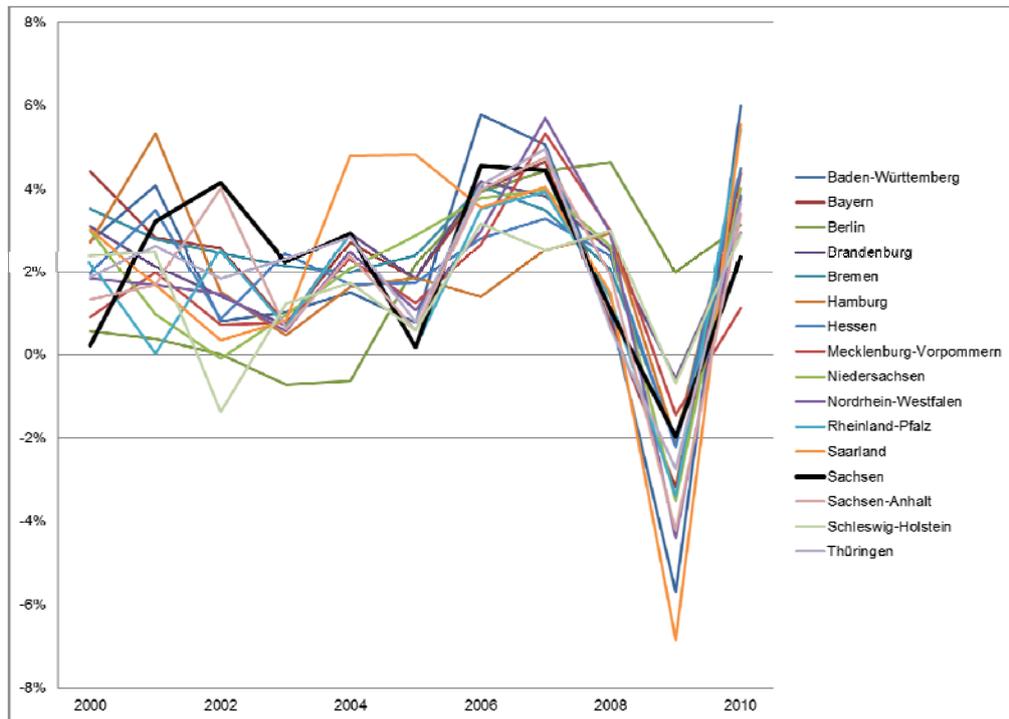
Die Entwicklung des BIP pro Kopf erfuhr in Sachsen von 2008 auf 2009 nur einen leichten Rückgang von 22.578 auf 22.262 Euro pro Einwohner. Vor allem in den westdeutschen Bundesländern war ein stärkerer Einbruch zu verzeichnen. Trotzdem haben die Neuen Bundesländer mitnichten zu den anderen Bundesländern aufgeschlossen. Es ist noch ein deutlicher Niveauunterschied feststellbar. Hamburg besitzt mit knapp 50.000 Euro pro Einwohner im Jahr 2010 mit Abstand das höchste BIP pro Kopf (Abbildung 4).

¹³ Vgl. Süddeutsche.de (2011).

¹⁴ Vgl. FTD (2011).

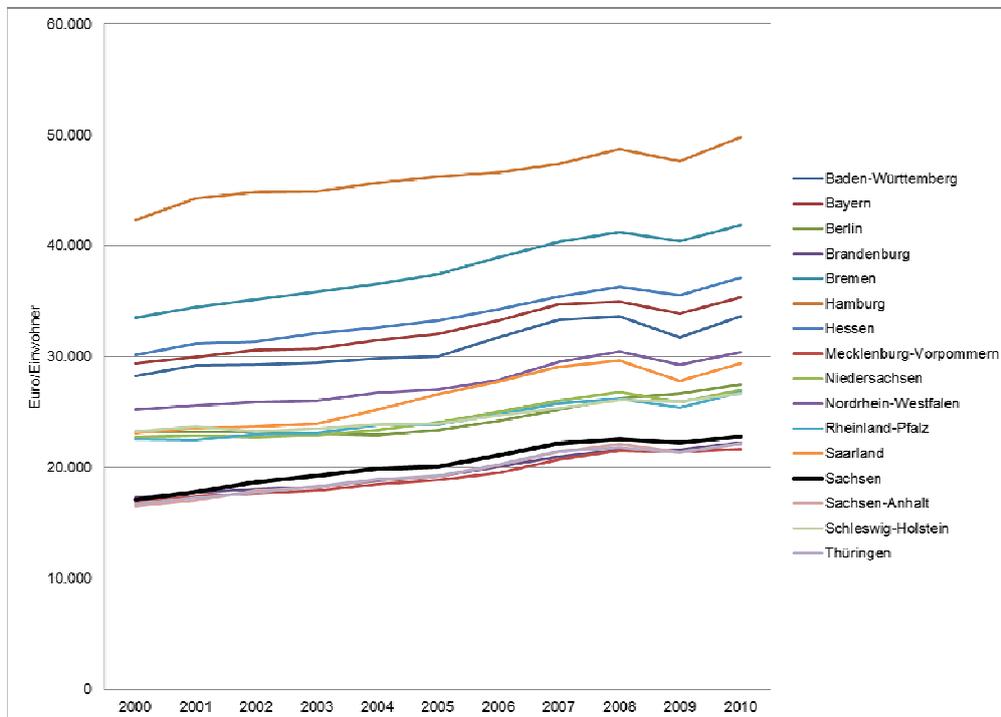
¹⁵ Die Berechnung der folgenden Indikatoren erfolgte auf Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes zum nominalen BIP.

Abbildung 3: Veränderungsrate BIP (nom.) nach Bundesländern



Quelle: Eigene und Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2011).¹⁶

Abbildung 4: BIP (nom.) pro Kopf, nach Bundesländern



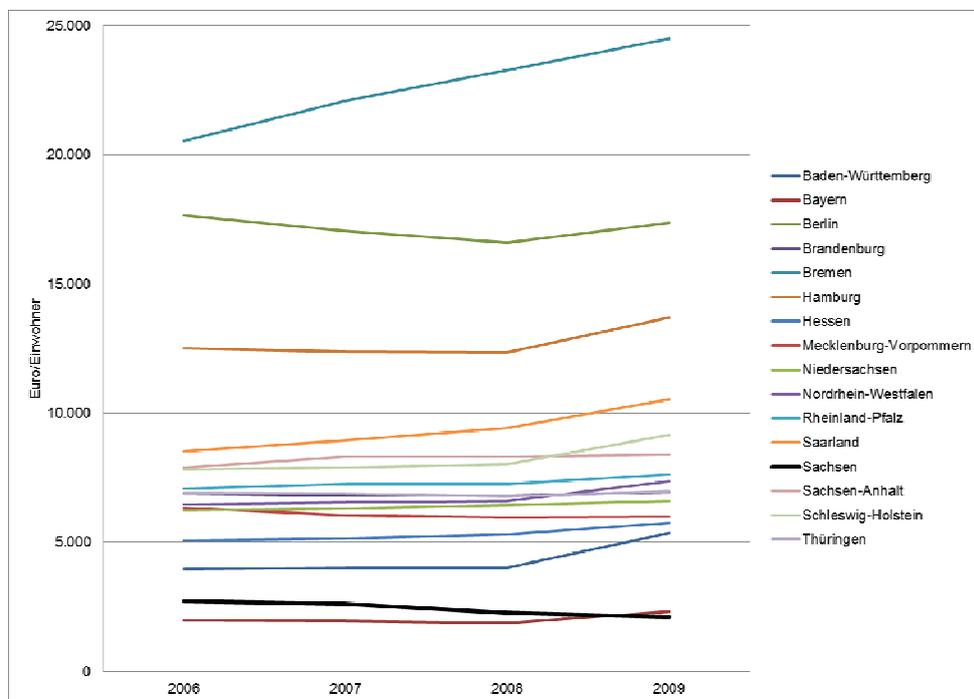
Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2011).¹⁷

¹⁶ Siehe Statistisches Bundesamt (2011a).

¹⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (2011a).

Hinsichtlich des Schuldenstandes pro Kopf ist in Sachsen während der Wirtschaftskrise eine erstaunliche Entwicklung zu verzeichnen. Während in allen Bundesländern der Schuldenstand zumindest leicht angestiegen ist, ging er in Sachsen von 2.285 im Jahr 2008 auf 2.110 Euro pro Einwohner im Jahr 2009 zurück. Damit hat Sachsen Bayern überholt und konnte die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der deutschen Länder vorweisen. Spitzenreiter ist Bremen mit einer Verschuldung von rund 24.500 Euro pro Einwohner im Krisenjahr 2009 (Abbildung 5). Bei der Betrachtung der Pro-Kopf-Verschuldung ist natürlich zu beachten, dass ein Rückgang dieser Variable nicht zwingend auf eine Reduzierung der Schulden zurückzuführen ist. Ein Bevölkerungswachstum bei gleichbleibendem Schuldenstand würde ebenfalls eine Verringerung der Schulden pro Einwohner nach sich ziehen. Entsprechend müssen die Schulden im Falle einer schrumpfenden Bevölkerung stärker sinken als die Einwohnerzahlen, um die Pro-Kopf-Verschuldung zu reduzieren. Mit Blick auf die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes ist eine Bevölkerungszunahme mittel- bis langfristig jedoch für kein Land nachweisbar (Abbildung 6).

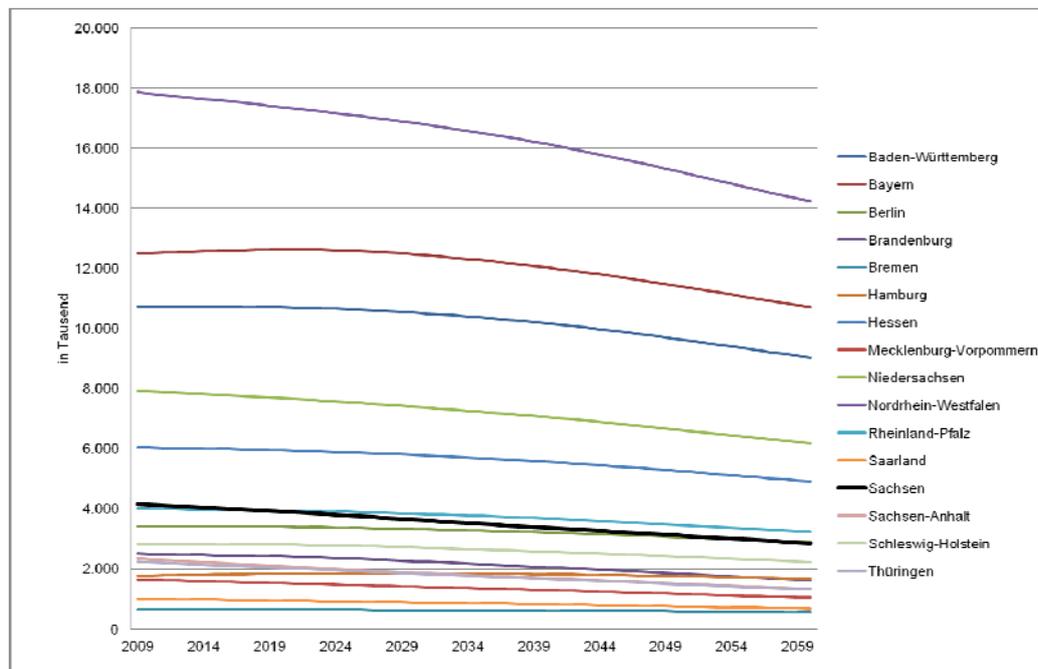
Abbildung 5: Schuldenstand pro Kopf, nach Bundesländern



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2011).¹⁸

¹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2011b).

Abbildung 6: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2060

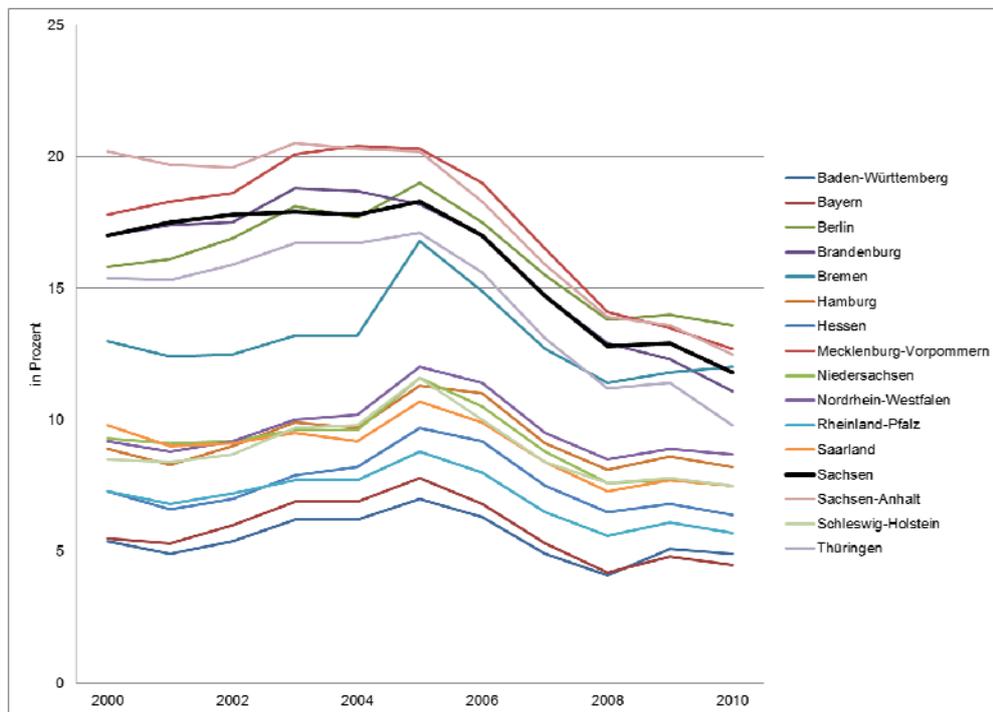


Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2010).¹⁹

Der deutsche Arbeitsmarkt reagierte in der Wirtschaftskrise relativ robust, was vor allem durch die Einführung des Kurzarbeitergeldes bedingt ist. Sachsen musste wie die restlichen Bundesländer nur mit einem geringen Anstieg der Arbeitslosenquote zurechtkommen. Im Jahr 2010 lag sie im Freistaat bei 11,8%. Die Zeitreihe verdeutlicht auch, dass sich die Arbeitslosenquoten in den ostdeutschen Ländern in den vergangenen Jahren an das Niveau in der Alten Länder annäherten (Abbildung 7). Besonders in den Jahren von 2005 bis 2008 ist hierbei eine eindeutige Verbesserung der Arbeitslosenquote auszumachen. Bei der Bewertung dieser Entwicklung sind neben den wirtschaftlichen auch demografische und strukturelle Aspekte zu berücksichtigen, die zwischen den Bundesländern stark differieren. So muss bei den demografischen Rahmenbedingungen auf die Alterung und Wanderungsbewegungen in der Gesellschaft hingewiesen werden, während bei den strukturellen Änderungen maßgeblich diverse Maßnahmen, wie Kurz- und Leiharbeit zu erwähnen sind.

¹⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2010).

Abbildung 7: Arbeitslosenquote der zivilen Erwerbspersonen, nach Bundesländern



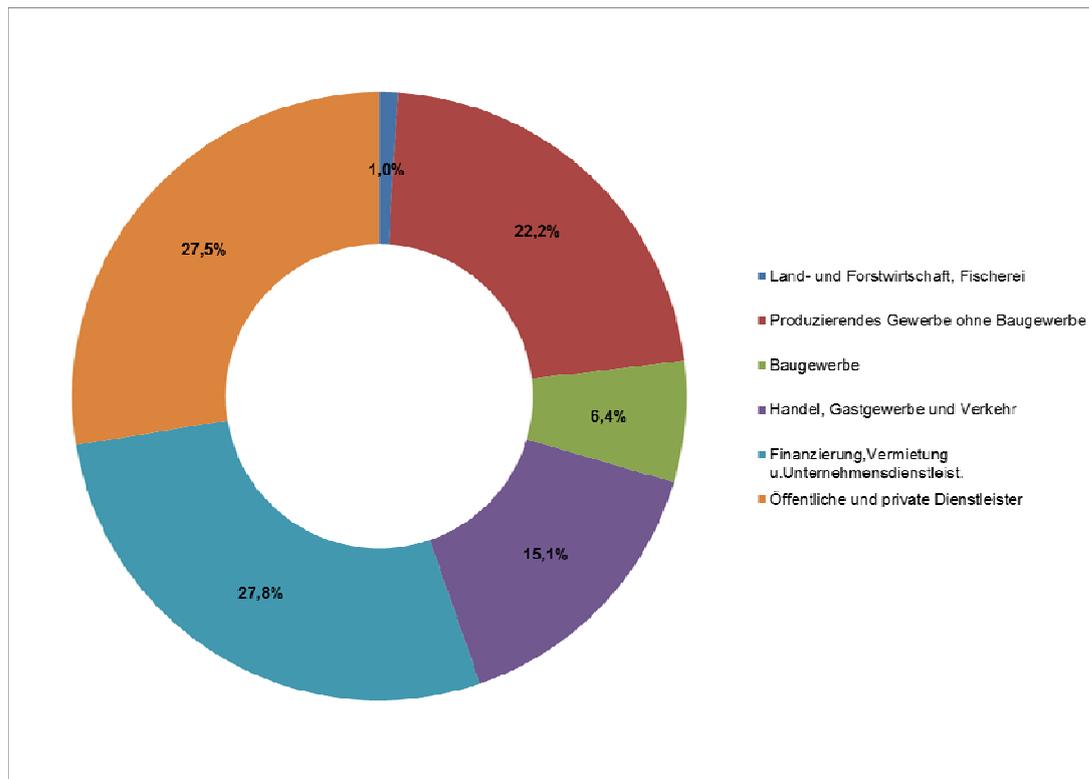
Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2011).²⁰

Wie aus den Daten für die Entwicklung des BIP, des BIP pro Kopfes, des Schuldenstands pro Kopf sowie der Arbeitslosenquote ersichtlich wird, waren die Neuen Bundesländer und Sachsen ganz im Speziellen durch die Wirtschaftskrise meist weniger stark betroffen als die westdeutschen Gliedstaaten. Die Gründe für die relativ gute Krisenresistenz Sachsens liegen zum einen in der Branchenstruktur und zum anderen in der Exportorientierung der sächsischen Wirtschaft.

Die Krise wirkte sich besonders auf die Industrieproduktion und die Hersteller von Investitionsgütern aus. Der Anteil dieser Sektoren an der Bruttowertschöpfung Sachsens ist jedoch im Vergleich zu den alten Bundesländern relativ gering. Gleiches gilt auch für die anderen Neuen Länder. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes ist das „produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe“ mit einem Anteil von 22,2% an der Bruttowertschöpfung nach den „Öffentlichen und privaten Dienstleistern“ sowie dem Bereich der „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistern“ im Jahr 2010 der drittgrößte Wirtschaftsbereich im Freistaat (Abbildung 8).

²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (2011c).

Abbildung 8: Aufbau der sächsischen Wirtschaft 2010



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.²¹

Der zweite Grund für den etwas milderen Wirtschaftseinbruch in Folge der Wirtschaftskrise liegt in der geringeren Exportorientierung Sachsens und der ostdeutschen Länder insgesamt. Während in den Alten Ländern die Exportquote 2010 32,2% betrug, fällt sie mit durchschnittlich 23,1% in den Neuen Bundesländern wesentlich geringer aus. Sachsen besitzt mit einer Quote von 26,2% die exportstärkste Wirtschaft unter den ostdeutschen Gliedstaaten.²²

Da die Wirtschaftskrise einen globalen Charakter besaß, war der Exportsektor natürlich besonders krisenanfällig. Unter den herrschenden Bedingungen war es für Sachsen ein nennenswerter Vorteil, dass der Export im Freistaat nicht so stark wie in den Alten Ländern ausgeprägt ist. Jedoch behinderten die in der Krise vorteilhaft wirkenden Charakteristiken der ostdeutschen Wirtschaft in der Phase des Aufschwungs eine schnellere Erholung, was ein Blick auf die Wachstumswahlen der Bundesländer im Jahr 2010 verdeutlicht. So wuchs das sächsische BIP im vergangenen Jahr real nur um 1,9%, während die gesamtdeutsche Wirtschaft um 3,6% zulegen konnte.²³

²¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2011d).

²² Siehe Statistisches Landesamt Baden Württemberg (2011).

²³ Vgl. Förster (2011), S. 177.

Trotz der im Ländervergleich immer noch unterdurchschnittlichen Finanz- und Wirtschaftskraft besitzt der Freistaat Sachsen eine hervorragende Haushaltslage. So wurde im vergangenen Jahr 2010 eine Nettoschuldentilgung von 75 Mio. Euro vorgenommen. Dieser Erfolg konnte aufgrund der krisenbedingt eingebrochenen Steuereinnahmen, die knapp 0,25 Mrd. Euro unter dem angestrebten Soll lagen, nur durch die Ergreifung verschiedener finanzpolitischer Maßnahmen erreicht werden. Sachsen löste im letzten Haushaltsjahr 2010 eine Rücklage in Höhe von 220 Mio. Euro auf, die erst ein Jahr zuvor angelegt wurde. Des Weiteren veranlasste die Regierung eine haushaltswirtschaftliche Sperre von 140 Mio. Euro als Reaktion auf die hohen Steuermindereinnahmen. Angelegte Rücklagen und Fonds in Höhe von 2,94 Mrd. Euro wurden zur Liquiditätsbeschaffung am Kreditmarkt genutzt.²⁴

Das Ist auf der Ausgabenseite liegt durch Zinsentlastungen von rund 160 Mio. Euro unter dem Planwert. Das sächsische Investitionsniveau bewegt sich, begünstigt durch das Konjunktur-Paket II, über dem Durchschnitt der anderen ostdeutschen Länder.²⁵ Die im Zusammenhang mit der Sachsen LB gegebenen Garantien von 2,75 Mrd. Euro haben sich im Jahr 2011 negativ auf den Haushalt durchgeschlagen. Im dritten Quartal 2011 musste der Freistaat für Garantien in Höhe von knapp 33 Mio. Euro aufkommen. Die gesamten bis zum Oktober 2011 geleisteten Garantiezahlungen betragen rund 240 Mio. Euro.²⁶

Die Ausführungen belegen, dass für Sachsen daher kein Handlungsbedarf im Sinne einer haushaltspolitischen Notlage vorliegt. Im Stabilitätsbericht, des im Zuge der Schuldenbremse gegründeten Stabilitätsrates, überschreitet das Land keinen Schwellenwert²⁷. Mehr noch: es schneidet in den Jahren von 2008 bis 2010 in allen Bereichen besser ab als der Bundesländerdurchschnitt.²⁸

Sachsen plant im Doppelhaushalt für das Jahr 2011/2012 die Ausgaben weiter herunterzufahren, um die selbstgesteckten finanzpolitischen Ziele einer kontinuierlichen Nettoschuldentilgung und einer konstanten Pro-Kopf-Verschuldung bei sinkenden Einwohnerzahlen erreichen zu können. So sieht der Doppelhaushalt für 2011 eine globale Minderausgabe von 38 Mio. Euro vor. Zudem sollen die Investitionsausgaben

²⁴ Vgl. Förster (2011), S. 179-181.

²⁵ Siehe Förster (2011), S. 181-182.

²⁶ Vgl. Sächsische Staatskanzlei (2011).

²⁷ Das Land mahnt jedoch an, dass die Zahlen im Bericht des Stabilitätsrates positiv verzerrt seien.

Siehe Förster (2011), S. 182.

²⁸ Vgl. ebenda, S. 182.

um 600 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr zurückgeführt werden.²⁹ Die Einhaltung des Sparkurses scheint im Angesicht der kommenden finanzpolitischen Herausforderungen und der womöglich erneut abschwächenden Konjunktur ratsam.³⁰ Sich weiter verschlechternde Steuereinnahmen aufgrund der demografischen aber auch volatilen wirtschaftlichen Entwicklung, das Abschmelzen der Solidarpaktmittel bis zum Jahr 2019 sowie die Einhaltung der Schuldenbremse, die für die Länder ab dem Jahr 2020 keine strukturelle Neuverschuldung mehr vorsieht, verringern die finanziellen Handlungsspielräume der Gliedstaaten erheblich. Darüber hinaus nehmen die Zuweisungen an den Freistaat Sachsen von der EU im Rahmen des 2013 endenden Strukturfonds ab.³¹

Somit lässt sich festhalten, dass der Freistaat Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern auch noch während der Wirtschaftskrise haushaltspolitische Erfolge vorzeigen kann. „Eine wesentliche Bedingung des haushaltspolitischen Erfolgs in Sachsen lautet auf jeden Fall: Kontinuität und Pfadtreue.“³² Dennoch steht der sächsische Haushalt in den nächsten Jahren vor einigen Herausforderungen, die bereits in der jetzigen Planung berücksichtigt werden müssen, um den eingeschlagenen finanzpolitischen Kurs weiter erfolgreich verfolgen zu können.

3. Allgemeine Implikationen der Krise

Bis jetzt wurde herausgestellt, dass es sich bei der Eurokrise nicht um eine Krise des Euro im Sinne einer Währungskrise handelt, sondern um das gleichzeitige Auftreten von Staatsschulden- und Wirtschaftskrisen bei mehreren Mitgliedern der europäischen Währungsunion. Die Bedeutung dieser Krise für den Freistaat Sachsen hängt vor allem von einem etwaigen wirtschaftlichen Abschwung oder gar einer Rezession ab, da in erster Linie Auswirkungen auf die Exporte zu erwarten sind. Aus diesem Grund werden nachfolgend allgemeine Implikationen dieser Krise beleuchtet.

Wenn man nach den Ursachen der Eurokrise sucht, werden neben den offensichtlich zu hohen Haushaltsdefiziten und der Erosion der Kreditfähigkeit der kriselnden EU-

²⁹ Vgl. Förster (2011), S. 183.

³⁰ Siehe zu diesem Punkt auch: Heinemann (2011), S. 6.

³¹ Vgl. Staatsministerium der Finanzen Sachsen (2010) S. 19.

³² Basierend auf Förster et. al. (2010).

Länder³³, vor allem institutionelle Fragen nach der optimalen Ausgestaltung der europäischen Währungsunion und der wirtschaftlichen Integration der Mitgliedsländer der EU relevant und mit dem Status quo verglichen. In diesem Bereich liegen verschiedene theoretische Ansätze vor, die bei der Analyse der Krise hilfreich sein können.

Ferner kursieren in der öffentlichen Debatte mehrere Vorschläge mit denen die griechische Staatspleite abgewendet und zukünftige Insolvenzen anderer europäischer Staaten verhindert werden sollen. An dieser Stelle werden einige Lösungsvorschläge herausgegriffen und kurz vorgestellt. Zunächst liegt der Fokus jedoch auf der Analyse der Ursachen der Eurokrise.

Währungsunion und Integrationsstrategien

Eine Währungsunion umfasst die Vereinheitlichung des Währungssystems zwischen zwei oder mehreren Partnerländern für die dann grundsätzlich nur noch eine Währung existiert. In der wirtschaftspolitischen Theorie finden sich zwei verschiedene Integrationsstrategien zur Etablierung eines gemeinsamen Währungsraumes. Die sogenannte Krönungstheorie wird von den „Ökonomen“ vertreten. Demnach steht die monetäre Integration am Ende der wirtschaftlichen Integration, die unter anderem eine Zollunion, einen gemeinsamen Markt sowie eine gemeinsame Wirtschaftspolitik umfasst. Die sogenannten Monetaristen vertreten demgegenüber die Position der Grundsteintheorie. Sie besagt, dass eine monetäre Integration die Etablierung einer wirtschaftlichen Integration vorantreibt und erleichtert.³⁴ Sie übernimmt eine Lokomotivfunktion.³⁵ In Bezug auf die europäische Währungsintegration hat die BUNDESBANK die Krönungstheorie bereits Anfang der 1990er Jahre vertreten. Sie warnte vor einer voreiligen Einführung einer Gemeinschaftswährung und betonte die Bedeutung einer vorher erst umzusetzenden wirtschaftlichen und politischen Union.³⁶

Auch MÜLLER schlug bereits Anfang der 1990er Jahre vor, den Weg der Krönungstheorie einzuschlagen. Denn wie bereits die deutsch-deutsche Währungsunion zeigte, kann die Wirtschafts- und Währungspolitik realwirtschaftliche Verhältnisse nicht ändern und somit mitnichten zu einer weiteren Vertiefung der europäischen Gemeinschaft beitragen. Die negativen Auswirkungen der verfrühten Einführung einer euro-

³³ Siehe dazu Gerken/Roosebeke/Voßwinkel (2011), S. 5f.

³⁴ Vgl. Starbatty (2006), S. 2.

³⁵ Vgl. Müller (1992).

³⁶ Vgl. FAZ Online (2010).

päischen Währung wären regional hohe Arbeitslosigkeit, umfangreiche Transferleistungen von den reichen in die armen Gebiete der Währungsunion sowie spürbare Wanderungsbewegungen. Daraus würden Wohlstandsverluste und eine niedrigere Wettbewerbsfähigkeit folgen. Mithin kann eine gemeinsame Währung keine Lokomotivfunktion übernehmen. Die Umsetzung der Krönungstheorie hingegen, mit der vorherigen Etablierung einer politischen Union, würde die genannten politischen und ökonomischen Risiken deutlich verringern.³⁷

Letztendlich setzten sich jedoch die Befürworter der Grundsteintheorie, darunter auch Bundeskanzler Kohl, durch. Sie argumentierten mit dem Zeitfaktor, da Ihrer Meinung nach der Weg über eine vereinheitlichte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa eine zu große Zeitspanne in Anspruch nehmen würde.³⁸

Theorie des optimalen Währungsraums

Im Zusammenhang der beiden Integrationstheorien steht auch das Thema des optimalen Währungsraums (optimum currency area theory – auch: OCA). Diese von MUNDELL begründete Theorie befasst sich mit der Frage nach der optimalen Größe einer Währungsunion. Die Grundlage für die Entscheidung über den Beitritt zu einer Währungsunion bildet, wie so oft in der Ökonomie, ein Vergleich der Nutzen und Kosten, die gegeneinander abgewogen werden. Die Vorteile eines gemeinsamen Währungsraumes bestehen unter anderem

- in der Verringerung des Risikos einer Währungskrise,
- in der Steigerung des Handels zwischen den Ländern, den Investitionen und dem Wachstum durch den Wegfall von Transaktionskosten beim Währungsumtausch und einer verringerten Wechselkursunsicherheit,
- in positiven Glaubwürdigkeitseffekten sowie
- einer positiven Beeinflussung der drei Funktionen des Geldes als Tauschmittel, Recheneinheit und Wertspeicher.³⁹

Die bedeutenden Kosten einer Währungsunion liegen insbesondere im Verlust der Möglichkeit den Wechselkurs als Kriseninstrument zu nutzen. Im Falle eines asymmetrischen Schocks (z. B. einer Verschiebung der Nachfrage) können Länder, die sich nicht in einer Währungsunion befinden durch die Abwertung oder Aufwertung

³⁷ Siehe Müller (1992).

³⁸ Siehe Bernhardt (2010).

³⁹ Vgl. Peters (2006), S. 2.

ihrer Währung – unter der Annahme kurzfristig starrer Preise und Löhne – flexibel reagieren. Diese Handlungsoption besitzen Länder mit gemeinsamer Währung nicht. Zudem kann die Geldpolitik nicht mehr auf unterschiedliche nationale Konjunkturverläufe reagieren. Wichtig ist hier die Tatsache, dass nur asymmetrische Schocks Probleme in der Wahrungunion verursachen. Symmetrischen Schocks kann durch eine einheitliche Geldpolitik angemessen begegnet werden.⁴⁰

Der Zusammenschluss mehrerer Staaten zu einer Wahrungunion sollte sich zusammenfassend also an den beiden Fragen orientieren,

- 1) ob in den teilnehmenden Staaten vermehrt symmetrische oder asymmetrische Schocks auftreten und
- 2) ob etwaige Instrumente zur Verfügung stehen, um auf asymmetrische Schocks reagieren zu können.⁴¹

Im Hinblick auf die erste Frage kamen BAYOUMI und EICHENGREEN bereits 1993 in einer Studie zu dem Ergebnis, dass eine Ländergruppe um Deutschland, Frankreich, Belgien, Schweden, die Niederlande, Österreich und Dänemark in der Vergangenheit vorwiegend symmetrischen Schocks unterlag. Eine über diese Länder hinausgehende Wahrungzone hätte jedoch mit Asymmetrien zu kämpfen.⁴²

Zur Beantwortung der zweiten Frage muss herausgestellt werden, dass die Alternativinstrumente gleichzeitig die kostenbestimmenden Kriterien der Wahrungunion darstellen. Sie unterteilen sich in einen traditionellen mikroökonomisch geprägten Kriterienkatalog und in moderne makroökonomisch geprägte Kriterien. Der traditionelle Kriterienkatalog umfasst dabei u.a.:

- Arbeitsmobilität
- Lohn- und Preisflexibilität
- Offenheitsgrad
- Diversifikationsgrad
- Fiskaltransfer.

⁴⁰ In Anlehnung an Heinemann (1998), S. 3f.

⁴¹ Vgl. Heinemann (1998), S. 4.

⁴² Vgl. Bayoumi/Eichengreen (1993).

Unter den modernen eher makroökonomisch orientierten Kriterien werden vor allem

- die Kapitalmobilität,
- der Konjunkturzyklus,
- die Preisstabilität,
- die Fiskalpolitik und
- die politische Zielsetzung subsumiert.⁴³

Unter Anwendung der beiden Kriterienkataloge auf die zehn im Jahr 2004 aufgenommenen EU-Mitgliedsländer konkludierte PETERS, dass die Kosten für den Beitritt in die Eurozone für eine Gruppe um Slowenien, Tschechien, Zypern, Ungarn und Malta wesentlich geringer ausfallen würden als für die zweite Gruppe bestehend aus Polen, der Slowakei und den drei baltischen Staaten.⁴⁴

Die Überlegungen der Theorie des optimalen Währungsraumes wurden in den Konvergenzkriterien der EU kanalisiert und fanden darin eine praktische Umsetzung. Die Kriterien umfassen die Bereiche der

- *Preisniveaustabilität* - Die Inflationsrate soll ein Jahr vor dem Eintritt in die Eurozone nicht höher als 1,5% Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei stabilsten Länder liegen.
- *Haushaltsstabilität* - Die jährliche Nettokreditaufnahme darf 3% des BIP nicht überschreiten. Zudem darf der Schuldenstand höchstens 60% des BIP betragen.
- *Wechselkursstabilität* - Die Währungen der Beitrittskandidaten müssen mindestens zwei Jahre lang in den Bandbreiten des Wechselkursmechanismus II (WKM II) verblieben sein.
- *Stabilität der langfristigen Zinssätze* - Die langfristigen Zinsen sollen mindestens ein Jahr vor dem Beitritt nicht höher sein als der Durchschnitt der drei stabilsten Länder.

Die Erfüllung dieser vier Kriterien ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Eurozone. In den Mitgliedsländern sollen sich die entsprechenden Variablen annähern, sodass, im Sinne der Theorie des optimalen Währungsraumes, die Wirkung von asymmetrischen Schocks innerhalb der Währungsunion gedämpft wird.⁴⁵

⁴³ Vgl. Peters (2006), S. 3.

⁴⁴ Vgl. Peters (2006), S. 25.

⁴⁵ Siehe Peters (2006), S. 3.

Vorschläge zur Lösung der Eurokrise

Nachfolgend werden einige Lösungsvorschläge und Lösungsansätze vorgestellt, die in der momentanen öffentlichen Debatte auftreten.

Einige Stimmen interpretieren die Eurokrise als ein Verlust in das Vertrauen in die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Staates, was lediglich über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zurückgewonnen werden kann. Da der nominale Wechselkurs in der Eurozone fix ist, kann eine Anpassung nur über den realen Wechselkurs, also über die Lohn- und Preisstruktur des Landes erfolgen. Ferner müssen, wie bereits in Griechenland geschehen, strukturelle Reformen durchgeführt werden, die u. a. durchgreifende Änderungen der Verwaltungsinfrastruktur, Privatisierungen und die Effizienz des Öffentlichen Dienstes umfassen.⁴⁶

ZEITLER charakterisiert ein solches Gesundshrumpfen zwar richtigerweise als schmerzhafter als eine Anpassung des nominalen Wechselkurses, betont aber auch, dass dieser Weg an den ordnungspolitischen Wurzeln der Eurokrise ansetzt und den Grundstein für eine nachhaltige Lösung des Problems bildet.⁴⁷ Trotzdem ist diese Herangehensweise auch kritisch zu betrachten. Das Herunterfahren der Staatsausgaben kann in dieser Situation jegliches Wirtschaftswachstum hemmen und so zu einer Abwärtsspirale mit steigender Arbeitslosigkeit und schrumpfender Wirtschaft führen. Zudem darf die Reaktion der griechischen Bevölkerung nicht vernachlässigt werden. In der griechischen Bevölkerung scheint die Toleranz für restriktive Maßnahmen aufgebraucht zu sein. Die Frage ob die bisher durchgesetzten Sparmaßnahmen greifen werden und Griechenland seine finanzpolitische Handlungsfähigkeit wiedererlangen kann, bleibt dabei noch unbeantwortet. Demzufolge stellt die Durchführung von Sparmaßnahmen eine unabdingbare Voraussetzung für die Gesundung der griechischen Staatsfinanzen dar, die aber durch weitere Maßnahmen flankiert werden muss.

Ein anderer vieldiskutierter Lösungsvorschlag sind die sogenannten Eurobonds. Dabei handelt es sich um Anleihen, die von allen 17 Teilnehmern der Währungsunion gemeinsam emittiert werden. Momentan herrschen deutliche Unterschiede in der Kreditwürdigkeit der einzelnen Mitgliedsländer. So zahlen kreditwürdigere Staaten wie Deutschland niedrigere Zinsen als bspw. die südlichen Euroländer. Mit der Aus-

⁴⁶ Siehe Zeitler (2011), S. 87.

⁴⁷ Vgl. ebenda.

gabe von Eurobonds würden alle Mitglieder der Währungsunion gemeinsam für die Anleihen haften. Der Zinssatz für diese Bonds würde sich höchstwahrscheinlich an dem durchschnittlichen Zinssatz der 17 Eurostaaten orientieren. Demzufolge könnten die derzeit hochverschuldeten Staaten neue Kredite zu günstigeren Konditionen aufnehmen, weil die stabilen kreditwürdigeren Staaten einen Teil ihrer Schulden mit garantieren. Zugleich würden die Zinsen für die zahlungskräftigen Länder ansteigen. So prognostiziert CARSTENSEN für Deutschland einen Zinsaufschlag von 2,3 Prozentpunkten.⁴⁸

In der öffentlichen Debatte gibt es Befürworter und Gegner der Eurobonds. Die Gegner argumentieren, dass mit den Eurobonds die Probleme nicht gelöst werden. Die verschuldeten Staaten können sich zu niedrigen Zinsen noch mehr Geld leihen, ohne aber die strukturellen Fehler zu beheben. Somit würden keine Anreize zur Schuldenreduzierung geliefert. Zudem wird kritisiert, dass es zu einer weiteren Abhängigkeit der europäischen Staaten kommt, aber ohne dies durch Bildung einer politischen Union zu unterfüttern.⁴⁹ Die Befürworter erkennen den Konstruktionsfehler der Eurobonds an, argumentieren jedoch, dass man durch die Schaffung wirksamerer Regeln diesem Problem begegnen kann. So steht der Vorschlag im Raum die Verschuldung mit Eurobonds auf die Höhe von 60% des BIP eines Landes zu begrenzen. Für Schulden die diese Schwelle überschreiten, müssten Anleihen emittiert werden, die nicht mehr durch eine gemeinsame Haftung charakterisiert sind.⁵⁰ Ferner soll die Einführung von Eurobonds die Finanzmärkte zunächst beruhigen und den verschuldeten Ländern die Kreditaufnahme erleichtern.⁵¹

GERKEN, ROOSEBEKE und VOßWINKEL unterbreiten einen weiteren Vorschlag zur Lösung der Krise. Sie plädieren für eine glaubhafte Sanierung der Haushaltssituation der Euro-Staaten durch die verfassungsrechtliche Verankerung von nationalen Schuldenbremsen in den EU-Mitgliedsstaaten. Gleichsam müssen jedoch noch weitere Maßnahmen flankierend durchgeführt werden. Neben der Durchführung von realwirtschaftlichen Reformen zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit, muss eine Lösung für die Too-big-to-fail-Problematik von Banken beispielsweise über höhere Eigenkapitalanforderungen gefunden werden. Ferner sind Reformen zugunsten

⁴⁸ Vgl. ZEIT Online (2011b).

⁴⁹ Vgl. Von Buttlar (2011).

⁵⁰ Vgl. Von Weizsäcker/Hüther (2011).

⁵¹ Vgl. ZEIT Online (2011b)

einer risikogerechteren Kreditvergabe unabdingbar. Eine Option wäre hier, dass auch der Kauf von Staatsanleihen durch Eigenkapital hinterlegt werden muss.⁵²

Im Zuge der Debatte über die Einführung von Eurobonds und der Etablierung des europäischen Krisenfonds EFSF wird auch die Frage der Europäischen Union als Transferunion diskutiert. So warnte jüngst der Präsident der Bundesbank WEIDMANN vor der Gefahr, dass fehlende Anreize zur Sanierung der Staatsfinanzierung zu einer Perpetuierung der Zahlungen von den reichen zu den armen Ländern führen. Weiterhin mahnte er die aktuelle Ausgestaltung des EFSF an, die die Vergabe von Darlehen auch an Staaten beinhalten soll. Somit erfolge ein weiterer Schritt in Richtung gemeinschaftlicher Haftung, ohne jedoch die Kontroll- und Sanktionsmechanismen zu stärken. Eine Disziplinierung über die Finanzmärkte wird somit erschwert und kontinuierlich ausgehebelt.⁵³

Der Chef des EFSF REGLING weist die Bezeichnung des Euroraums als Transferunion und den Vergleich mit dem deutschen Länderfinanzausgleich zurück. Die Kreditvergabe im Rahmen des Rettungsfonds erfolgt unter strikten Auflagen, sodass es keine kontinuierlichen und wiederholten Transfers in die krisengeschüttelten Länder geben wird. Aus diesem Grund ist die Verwendung des Begriffs Transferunion aus seiner Sicht „schlichtweg falsch“.⁵⁴

4. Schlussbetrachtung

Die Debatten über den Aufbau der europäischen Währungsunion sind bereits seit ihrem Bestehen virulent. Das Versprechen einer politischen Union wurde bis heute nicht umgesetzt und es ist nicht abzusehen, dass dies in der nahen Zukunft passieren wird. Zudem herrscht in Politik und Wissenschaft keine Einigkeit über einen Königsweg zur Beendigung der Eurokrise. Über die verschiedenen Lösungsvorschläge wird erbittert gestritten. Ob sie die Märkte beruhigen und die drohende Staatsinsolvenz Griechenlands verhindern werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erkennbar. Dazu trägt auch die historische Einmaligkeit einer Schuldenkrise in einem Währungsgebiet ohne ein gemeinsames politisches Fundament bei.

Wird der Blick auf Sachsen gelenkt, würden die Folgen der Krise den Freistaat Sachsen vor allem durch das Auftreten einer erneuten Wirtschaftskrise und dem damit

⁵² Vgl. Gerken/Roosebeke/Voßwinkel (2011), S. 15.

⁵³ Vgl. Wirtschaftswoche (2011).

⁵⁴ Vgl. Regling (2011).

einhergehenden Einbruch der Wirtschaftsleistung betreffen. Fundamentaldaten zeigen jedoch, dass Sachsen die Krise im Jahr 2009 mit Blick auf seine finanzpolitische Situation im Bundesländervergleich jedoch sehr gut überwinden konnte. Mithin ist zu erwarten, dass ähnlich gelagerte zukünftige Krisen in vergleichsweise geringem Maß auf den sächsischen Haushalt einwirken werden - gesetzt dem Fall der Freistaat behält seine bisherige und bisweilen schmerzhafteste Finanzpolitik bei. Gerade diese bisherige von Sparsamkeit geprägte Haushaltspolitik gewährleistet eine vergleichsweise solide finanzielle Basis, um einbrechenden Steuereinnahmen im Zusammenspiel mit auslaufenden Zuweisungen von Bund und EU sowie den Restriktionen der Schuldenbremse begegnen zu können. Hinsichtlich einer passiven Vorsorge, also der Konsolidierung des öffentlichen Haushalts zur Gewährleistung der Generationengerechtigkeit, ist Sachsen sehr gut aufgestellt. Für eine nachhaltige Fiskalpolitik bedarf es jedoch auch der aktiven Vorsorge. Diese umfasst, mit der Finanzierung von wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben (WNA), Leistungen, die erst in naher Zukunft Erträge abwerfen. Hierzu zählen unter anderem Investitionen in die Infrastruktur, die Umwelt oder die Bildung.⁵⁵ Bei einem strikten Sparkurs ist somit darauf zu achten, dass eine angemessene Finanzierung dieser Aufgaben erfolgt. Es ist ein ausgewogenes Zusammenspiel zwischen passiver und aktiver Vorsorge anzustreben.

⁵⁵ Siehe Bofinger/Lenk/Schneider (2008), S. 81f.

Literaturverzeichnis

- Bayoumi, Tamim/Eichengreen, Barry (1993): Shocking Aspects of European Monetary Integration, in: Torres/ Giavazzi (Hrsg.): Adjustment and Growth in the European Monetary Union, Cambridge.
- Bofinger, Peter/Lenk, Thomas/Schneider, Hans-Peter (2008): Zukunftsfähige Finanzpolitik. Voraussetzungen einer aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Länder, in: Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Band 209, Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Ebert, Werner/Höppner, Florian (2010): Die öffentlichen Haushalte als Spiegel der Wirtschafts- und Finanzkrise, S. 205, in: Junkernheinrich, Martin et. al. (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2010, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Nr. 218, Berlin, S. 203-223.
- Förster, Wolfgang (2011): Länderbericht Sachsen 2010, S. 177, in: Junkernheinrich, Martin et. al. (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2011, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Nr. 222, Berlin, S. 176-187.
- Förster, Wolfgang et. al. (2010): Länderfinanzbericht – Haushaltsjahr 2009, S. 30, in: Junkernheinrich, Martin et. al. (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2010, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Nr. 218, Berlin, S. 17-202.
- Gerken, Lüder/Van Roosebeke, Bert/Voßwinkel, Jan (2011): Anforderungen an die Sanierung der Euro-Staaten. Schuldenbremse plus Nebenbedingungen, Centrum für europäische Politik (CEP) Studie, September 2011.
- Heinemann, Friedrich (2011): Keynes ist im Aufschwung oft vergessen. ZEW News Juni 2011.
- Heinemann, Friedrich (1998): Die Theorie der optimalen Währungsräume und die politische Reformfähigkeit - ein vernachlässigtes Kriterium. ZEW Discussion Paper No. 98-02, Mannheim.
- Lenk, Thomas/Kuntze, Martina (2009): Dilemmata der Föderalismusreform II - von Anbeginn zum Scheitern verurteilt oder Opfer der globalen Wirtschaftsentwicklung?", in: Baus, Scheller, Hrbek (Hrsg.), Der deutsche Föderalismus 2020, Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Band 35, Baden-Baden, 2009.
- Peters, Heiko (2006): Theorie optimaler Währungsräume vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung, IÖB-Diskussionspapier Nr. 4/06.
- Sinn, Hans-Werner (2011): Die europäische Zahlungsbilanzkrise, S. 3, in: ifo (Hrsg.), Die europäische Zahlungsbilanzkrise, ifo Schnelldienst 16/2011, S. 3-8.
- Staatsministerium der Finanzen Sachsen (2010): Bericht über die aktuelle Haushaltslage und die Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen des Jahres 2010.
- Starbatty, Joachim (2006): Sieben Jahre Währungsunion: Erwartungen und Realität. Tübinger Diskussionsbeitrag Nr. 308, November 2006.

- Statistisches Bundesamt (2011a): VGR der Länder (Entstehungsrechnung – Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (nominal): Bundesländer, Jahre, in: GENESIS Online-Datenbank, Rubrik: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.
- Statistisches Bundesamt (2011b): Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte: Bundesländer, Stichtag (ab 31.12.2006), Körperschaftsgruppen, Haushalte, Schuldenarten, in: GENESIS Online-Datenbank, Rubrik: Öffentliche Haushalte.
- Statistisches Bundesamt (2011c): Arbeitslose, Arbeitslosenquote, Gemeldete Stellen: Bundesländer, Jahre, in: GENESIS Online-Datenbank, Rubrik: Arbeitsmarkt.
- Statistisches Bundesamt (2011d): VGR der Länder(Entstehungsrechnung) - Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (nominal): Bundesländer, Jahre, Wirtschaftszweige (WZ2003: Abschnitte und Zusammenfassungen), in: GENESIS Online-Datenbank, Rubrik: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.
- Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.
- Zeitler (2011): Wege aus der europäischen Staatsschuldenkrise nach den Beschlüssen des Gipfels vom Juli 2011, in: ifo (Hrsg.), Die europäische Zahlungsbilanzkrise, ifo Schnelldienst 16/2011, S. 87- 89.

Internetquellenverzeichnis

- Bernhardt, Otto (2010): Krönungs- oder Lokomotivtheorie - Diskussion vor der Einführung des Euros, in:
http://www.ottobernhardt.de/aktuelles/?tx_ttnews%5btt_news%5d=7&tx_ttnews%5bbackPid%5d=2&cHash=c2c8068176, 27.09.2011.
- Eurostat (2011): HVPI-Gesamtindex, Code: teicp000, in:
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=teicp000&plugin=1>, 25.09.2011.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) Online (2010): Die Währungsunion am Scheideweg, in: <http://www.faz.net/artikel/C30638/euro-krise-die-waehrungsunion-am-scheideweg-30015735.html>, 27.09.2011.
- Financial Times Deutschland (FTD) (2011). Deutschland wird zum Schlusslicht, in: <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:oecd-konjunkturprognose-deutschland-wird-zum-schlusslicht/60101582.html>, 29.09.2011.
- Müller, Christa (1992): Chancen und Gefahren der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 33, Bonn, in: <http://www.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00312toc.htm>, 29.09.2011.
- Nida-Rümelin, Julian (2011): Europa ist noch zu retten, in: <http://www.sueddeutsche.de/geld/krise-des-euro-europa-ist-noch-zu-retten-1.1045790>, 20.09.2011.
- Oanda (2011): Historische Wechselkurse, in: <http://www.oanda.com/lang/de/currency/historical-rates/>, 25.09.2011.

- Regling, Klaus (2011): „Der Begriff Transferunion ist schlichtweg falsch“, in:
<http://www.faz.net/artikel/C30638/leiter-des-euro-krisenfonds-der-begriff-transferunion-ist-schlichtweg-falsch-30334360.html>, 29.09.2011.
- Sächsische Staatskanzlei (2011): Freistaat Sachsen kommt Garantieziehung für Sachsen LB nach, in:
<http://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/162415>, 8.10.2011.
- Statistisches Landesamt Baden Württemberg (2011): Exportquote, in:
http://www.statistik-bw.de/HandelBeherb/Indikatoren/AH-XP_exportquote.asp, 8.10.2011.
- Süddeutsche.de (2011): Konjunkturprognosen für Deutschland. Von nun an geht's bergab, in: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunkturprognosen-fuer-deutschland-von-nun-an-gehts-bergab-1.1143491>, 30.09.2011.
- Tagesspiegel (2011): Sondergipfel zur Euro-Krise am Donnerstag, in:
<http://www.tagesspiegel.de/politik/sondergipfel-zur-euro-krise-am-donnerstag/4400200.html>, 20.09.2011.
- Von Buttlar, Horst (2011): Warum Eurobonds gefährlich sind, in:
<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/:fuenf-argumente-warum-eurobonds-gefaehrlich-sind/60097054.html>, 28.09.2011.
- Von Weizsäcker, Jakob/Hüther, Michael (2011): Können Euro-Bonds den Euro retten?, in: <http://www.zeit.de/2011/35/Eurobonds-Pro-Contra/komplettansicht>, 28.09.2011.
- Wirtschaftswoche (2011): Bundesbank kämpft gegen die Transferunion, in:
<http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/bundesbank-kaempft-gegen-die-transferunion-482168/2/>, 29.09.2011.
- ZEIT Online (2011b): Was bringen Euro-Bonds?, in:
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-08/eurobonds-fragen-antworten>, 28.09.2011.
- ZEIT Online (2011a): Euro-Länder erwägen Umschuldung Griechenlands, in:
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-05/euro-finanzminister-griechenland>, 20.09.2011.